

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

Fernsprecher Nr. 29.

85. Jahrgang.

Fernsprecher Nr. 29.

Anzeigen-Gebühr für die einspalt. Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmal. Einrückung 10 %, bei mehrmaliger entsprechend Rabatt.

Belagen. Hausbesitzerbl. u. a. m. Sonntagsblatt und Schm. Landwirt.

Nr. 28

Freitag, den 3. Februar

1911

Rgl. Oberamt Nagold.

Bekanntmachung.

betr. Feldbereinigung auf der Markung Altensteig.

Durch Erlass der K. Zentralstelle für die Landwirtschaft, Abteilung für Feldbereinigung, vom 26. Januar d. Js. Nr. 216, wurde das Ergebnis der Abstimmungstagfahrt vom 25. Oktober 1910 endgültig dahin festgestellt, daß die Ausführung des von den Gemeindegemeinschaften in Altensteig beantragten Unternehmens einer Vereinigung der Gewände:

„Reute, in der Häsnerhalde, am Sänsberg, Waldwiesen, ob dem Seltengraben, Heilesberg, Ziegelacker, am Viehmarkt, im Welher, Schloßberg und Turnerrain“ der Markung Altensteig durch 134 von 146 Stimmen, also durch mehr als die Hälfte der Beteiligten, auf welche von dem Gesamtgrundsteuerkapital von 1264 A 31 1/2 der Betrag von 1076 A 53 1/2, also mehr als die Hälfte entfällt, beschlossen worden ist, und die so beschlossene Feldbereinigung genehmigt.

Den 1. Febr. 1911.

Kommerell.

Bekanntmachung.

betr. den Rindviehmarkt in Pforzheim.

Nach Mitteilung des Großherz. Bezirksamts Pforzheim darf wegen der drohenden Maul- und Klauenseuche der auf Montag, den 6. Februar d. Js. fallende Rindviehmarkt in Pforzheim nur unter folgenden Bedingungen abgehalten werden:

1. Aus verseuchten Gemeinden darf überhaupt kein Vieh zugetrieben werden.
2. Aus den übrigen Gemeinden der K. Würt. Oberämter darf Vieh nur zugetrieben werden, unter den für diese dort erlassenen Bestimmungen.
3. Für sämtliches Handelsvieh ist die Beibringung eines Zeugnisses des zuständigen Bezirkstierarztes über eine unmittelbar vorausgegangene Quarantänezeit von fünf Tagen erforderlich.

Den 1. Februar 1911.

Mayer, Amtmann.

Politische Uebersicht.

Die Fernsprechgebührenordnung, die an die Budgetkommission des Reichstags zurückverwiesen wurde, soll, wie die Frh. Ztg. meldet, auf Wunsch der Regierung von der Budgetkommission bereits in der nächsten Woche einer erneuten Beratung unterzogen werden. Der Wunsch der Regierung, diese Vorlage auf jeden Fall noch in dieser Session zu erledigen, hat bei den Konservativen und beim Zentrum Anklang gefunden und wird von diesen Parteien unterstützt werden. Es soll ein Kompromiß abgeschlossen werden, nach dem die Grundgebühr erhöht werden und die pauschalierte Gesprächsgebühr eine Ermäßigung erfahren soll. Der Entwurf soll noch im Februar in zweiter Lesung vom Plenum verabschiedet werden.

Die Reichsregierung plant gesetzgeberische Maßnahmen gegen die mißbräuchliche Verwendung von Waffen. Zu diesem Ende soll vom 1. September 1910 ab in den einzelnen Bundesstaaten zunächst auf die Dauer von zwei Jahren eine genaue Statistik aller Straffachen aufgestellt werden, in denen von Waffen aller Art Gebrauch gemacht wurde. Auch die Forst- und Feldbüchsen sind in die Aufstellung einzubeziehen. Zu dem Ende werden nun bei den einzelnen Strafpolizeibehörden sogenannte Waffenlisten geführt.

Parteizersplitterung ist ja vielfach von Hebel. Aber jenen Einheitsfanatikern, die Parteiverschmelzung um jeden Preis möchten, vermag der Türmer (Verlag Greiner u. Pfeiffer, Stuttgart) auch nicht zuzustimmen. Solange hüten und drüben nicht der Geist wirklich derselbe geworden, solange noch Meinungsverschiedenheiten über wichtige programmatische Fragen bestehen, wird es segensreicher und gesünder für unser Volksleben sein, verschiedene Parteien zu haben, als geeinte, in denen die Leute mit abweichenden Ansichten gar zu leicht, wollen sie die „Disziplin“ nicht gefährden, unehrlich oder doch lag im Festhalten ihrer eigenen, wohlverordneten Ueberzeugung werden. Und es wäre vielleicht auch kein Schaden, wenn unter den heute bestehenden Parteien noch hier und da Spaltungen — oder sagen wir: Auscheidungen einzelner Teile eintreten, wo heute gar zu abweichende Meinungen unter einem Parteihut gebracht sind: wobei es ja nicht immer nötig wäre, daß die Ausscheidenden noch eine neue Partei gründeten; sie würden wohl bei

einer Nachbarpartei Unterkommen finden, die ihrer Ueberzeugung mehr entspricht als die alte, an der sie nur aus Tradition — und unter dem Druck von Schlagwörtern wie „Disziplin“ „keine weitere Zersplitterung!“ usw. festhielten.

Zwischen Deutschland und England ist ein Vertrag abgeschlossen worden, durch den die Auslieferung flüchtiger Verbrecher zwischen den deutschen Schutzgebieten und einer Anzahl britischer Protektorate, zumal in Afrika, geregelt worden ist.

Das neue englische Parlament ist wieder zusammengetreten. Die Eröffnung der Session durch den König erfolgt nach der Erledigung der in Folge der Neuwahlen notwendigen Formalitäten. Zunächst wurde Mr. Lowther zum Sprecher wiedergewählt. — Der Eindruck, daß die Regierung ein freundlicheres Verhältnis zu Deutschland anstrebt, wird durch eine Rede verstärkt, die der Postminister Samuel bei dem Jahresdinner der britischen Journalisten-Association hielt. Er sagte u. a.: Vor 25 Jahren sei Frankreich von einigen Leuten als Englands Erbfeind und Deutschland als sein engster Freund angesehen worden, während jetzt die Verhältnisse beinahe umgekehrt erscheinen könnten. Aufgabe der Journalisten sei es, jede Gelegenheit wahrzunehmen, um die Anzeichen des gegenseitigen guten Willens, der erfreulicherweise jetzt zwischen England und Deutschland im Wachsen begriffen sei, besonders hervorzuheben. Sicherlich gebe es wenige Fragen, die den Mitgliedern der gegenwärtigen Regierung mehr am Herzen lägen, als eine andauernde und ausgesprochene Verbesserung der Beziehungen zwischen England und seinem deutschen Nachbar.

Im Prozeß wegen Verleumdung des Königs von England, der in London durchgeführt wurde, ist der Angeklagte ein Republikaner namens Rylfus, der die Gerüchte von einer morganatischen Ehe des Königs öffentlich weiterverbreitet hatte, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Es wurde ein peinlich genauer Nachweis geführt, daß der König niemals eine morganatische Ehe geschlossen hat. Nach der Urteilsverkündung sagte der Attorney-General Sir Rufus Isaacs, er sei vom König ermächtigt zu erklären, daß der König niemals vermählt gewesen sei außer mit der Königin und daß er sich niemals irgendeiner Trauungszeremonie unterzogen habe außer mit der Königin. Der König würde der gerichtlichen Verhandlung beigewohnt haben, um ein entsprechendes Zeugnis abzulegen, wenn er nicht von den juristischen Beratern der Krone das Gutachten erhalten hätte, daß dies der Konstitution widersprechen würde.

Dem portugiesischen Exkönig Manuel soll nach französischen Meldungen von der republikanischen Regierung ein monatliches „Ruhegehalt“ von 600 Pfund Sterling bewilligt worden sein. Damit läßt sich schon ganz gut auskommen. — Der Ministerrat hat die ersten sechs Artikel des Wahlgesetzes durchberaten. Danach soll das Proportionalwahlsystem zur Anwendung kommen und die Stimmabgabe nicht obligatorisch sein.

In bulgarisch-türkischen Zollkonflikt bahnt sich eine Verständigung an. Zunächst verlegte freilich die Türkei die Anwendung von hohen Differentialzöllen auf bulgarische Waren.

Nach Meldungen aus der Türkei hat an der Heidschabahn ein neues Gefecht stattgefunden, das mit einer Niederlage der Beduinen endigte. Die Beduinen verloren über 300 Tote, Verwundete und Gefangene, die Truppen hatten 18 Tote und 35 Verwundete.

Die Pforte hat schon wieder einmal ihre Botschafter beauftragt, die Aufmerksamkeit der Schutzmächte auf die Lage auf Kreta, insbesondere auf die Verletzung der Rechte der Mohammedaner zu lenken. — Der türkische Flottenverein bestellte bei den Schichauwersten in Danzig zwei Torpedobootszerstörer. — Bei einem Angriff auf die Türken bei Ebha in der Nähe von Hodeida verloren die Araber 600 Mann, während die türkischen Truppen, die sich tapfer schlugen, 150 Tote und Verwundete hatten.

Die mexikanischen Bundesstruppen sind neuerdings wieder bei Boquillita von den Aufständischen angegriffen worden. Sie haben schwere Verluste erlitten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 1. Febr.

3. Lesung des Zuwachsteuergesetzes.

Die §§ 23 bis 25 bleiben unverändert. Ein Antrag Trimborn (3.) die zurückerstatteten Steuerbeträge vom Tage der Zahlung ab mit 4 Proz. zu verzinsen wird abgelehnt. Bei § 26 wird ein Antrag Dr. Weber (n.) angenommen, daß die Verwaltung der Zuwachsteuer durch die von der

Landesregierung hierzu bestimmten Stellen erfolgen soll. Die §§ 27 bis 35 bleiben unverändert. Beim § 35a beantragt Abg. Trimborn (3.), daß gegen den Steuerbescheid als Rechtsmittel nicht das Verwaltungsstreitverfahren sondern der Rechtsweg zulässig sein soll. Der Antrag wird, nachdem Schaffsekretär Wermuth und die Abgg. Dr. Sunde (n.) und Dove (fr. Bp.) sich dagegen ausgesprochen haben, abgelehnt. Die §§ 35a, 36 und 37 bleiben unverändert. Bei § 37a, wonach die Entscheidung der obersten Verwaltungsgerichte über die Auslegung dieses Gesetzes in einer gemeinsamen Veröffentlichung zur allgemeinen Kenntnis gebracht werden sollen, wird nach dem Kompromißantrage Graf Westarp gestrichen. Die §§ 38 bis 48 bleiben unverändert. Nach § 49 erhält das Reich 50 Proz., die Gemeinden erhalten 40 Proz. und die Bundesstaaten 10 Proz. des Ertrags der Steuer.

Göhre (S.) beantragt, den Gemeinden 60 und dem Reich 30 Proz. zu geben.

Cuno (fr. Bp.) befragt einen Antrag, wonach den Gemeinden, die nach der letzten Volkszählung mehr als 2000 Einwohner zählen, drei Viertel des Anteiles an der Steuer verbleibt, die von den in ihrem Bereich befindlichen Grundstücken aufkommt.

Schaffsekretär Wermuth: Die Veteranenbeihilfe kann nicht in diesem Gesetz festgelegt werden, das muß im Etat geschehen.

Dr. Potthoff (fr. Bp.): Wir glauben nicht, daß der Abbau des Umsatzstempels in der im Gesetz vorgesehenen Weise vor sich gehen kann.

Schaffsekretär Wermuth: Wenn Sie mir nicht glauben wollen, so glauben Sie doch an die Tatsache, daß Sie durch Ablehnung des Gesetzes uns die Möglichkeit nehmen, jemals den Umsatzstempel zu beseitigen.

§ 49 bleibt unverändert, ebenso im Wesentlichen die §§ 49a bis 57. Als letzten Paragraph beantragen die Sozialdemokraten einen § 58, wonach mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes das Zündwarensteuergesetz außer Kraft tritt. — Unter großer Unruhe des Hauses begründet Bren (S.) den Antrag, der abgelehnt wird.

In namenslicher Abstimmung wird dann das Zuwachsteuergesetz mit 199 gegen 93 Stimmen bei 20 Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmen geschlossen die Mehrheit der fortschrittlichen Volkspartei und Dr. Trendl (Rp.). Die Polen enthalten sich der Stimme. Damit ist die Zuwachsteuer ebenfalls endgültig verabschiedet.

Es folgen Petitionen. Die vor einigen Tagen abgebrochene Aussprache über mehrere Petitionen, die eine Revision des Impfgesetzes und eine Denkschrift über die Impfsache und die sogenannte Gewissensklausele fordern, wird fortgesetzt.

Sachse (S.) nimmt die Impfsache gegen die Angriffe des Abg. Dr. Arning in Schutz.

Geheimrat Freiherr v. Fiedler wendet sich gegen die Meinung des Vorredners, daß ein polizeilicher Zwang durch das Gesetz nicht beabsichtigt sei.

v. Damm (w. Bp.) bekämpft im Namen seiner Partei Gruppe den physischen Zwang, sowie die Wiederholung der Bestrafung wegen Nichtimpfung und beantragt die Entschädigungspflicht des Staates.

Hormann (fr. Bp.): Wir verlangen eine objektive Prüfung. Vorher kann man die Frage nicht beurteilen, aber man kann die Bewegung auch nicht ignorieren. Die Gegnerschaft gegen den Impfwang ist sehr groß, auch Ärzte haben sich ihr angeschlossen.

Dr. Fagbender (3.): Auch die Impfsache sollten sich einer Nachprüfung nicht widersetzen. Die Verhältnisse haben sich doch seit 1874 geändert.

Dr. Hahn (k.) beantragt, eine Kommission zur Klärung einzusetzen.

Geheimrat Richter: Die Pocken sind so selten geworden, daß sie nicht nur das Publikum, sondern auch viele Ärzte nicht mehr kennen. Das verdanken wir allein der Impfung. Doch durch noch so schöne hygienische Einrichtungen kann man die Pockenerkrankungen nicht verhindern. Die Impfsache wollen alle Erfolge wieder zunichte machen. Auf die Gewissensklausele lassen wir uns unter keinen Umständen ein.

Berlin, 2. Febr. Die Interpellation der Konservativen im Reichstage über die Verhältnisse des deutschen Geldmarktes und die Ueberschwemmung mit ausländischen Werten ist darum von besonderem Interesse, weil die Regierung vor einigen Tagen die Zulassung der Aktien der Chicago-Milwaukee- und Central-Eisenbahn an der Berliner Börse verboten hat.

Magold
Kifest
ndes in
br. 1911.
s. 33 Uhr.
bis Samstag
rland:
er Napp.
uar 1911.
r Teilnahme,
nferes leben
inger
henbegleitung
lieben.
mingen.
M. J
1650.—
45.41
der
709.—
Vor-
128.23
80.—
158.23 158.23
715.40 715.40
4074.77
249.50
7602.11
77
11
hner: Reuz.
zu verkaufen:
ehnd,
ufelstroh,
Landwirt.
hrlings-
ndh.
ngen a. F. bei
Verletzung bei so-
gesucht.
ist in der Exp. d.
hannes Hasner,
singen.
u b. G. W. Jaiser.
es Standesamts
Nagold:
urt Hermann, Sohn
mann, Sanitätsfeld-
ant

Tages-Neuigkeiten.

Aus Stadt und Land.

Nagold, den 3. Februar 1911.

Die Handwerkskammer Neutlingen macht im Inzeratenteil unserer heutigen Nummer auf die Veranstaltung von Gesellenprüfungen in den Monaten März und April d. Js. aufmerksam. Wir selbst möchten nicht verfehlen, ganz besonders auf dieselben hinzuweisen, umso mehr als die Gesellenprüfungen in kurzem die Voraussetzung zur Zulassung zu den Meisterprüfungen bilden werden.

Das Lehrerbefoldungsgesetz.

Stuttgart, 1. Febr. Der den Ständen vorgelegte Entwurf eines Gesetzes, betr. die Einkommensverhältnisse der Volksschullehrer (Lehrerbefoldungsgesetz) bestimmt u. a.: Die ständigen Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen beziehen neben freier Wohnung einen jährlichen pensionsberechtigten Gehalt, der beträgt: für Lehrer mit der ständigen Anstellung 1800 M., je nach vollendeten drei Dienstjahren 1750, 1900, 2100, 2300, 2500, 2700, 2950, 3200. Für Lehrerinnen mit der ständigen Anstellung 1300 M., je nach vollendeten drei Dienstjahren nach 1400, 1500, 1600, 1700, 1800, 1900, 2000, 2200. Die Gehalte der Lehrer und Lehrerinnen an Mittelschulen betragen auf jeder Gehaltsstufe je 100 M. mehr. Die unständigen Lehrer und Lehrerinnen erhalten neben freier Wohnung bei einer Verwendung vor Ersetzung der zweiten Dienstprüfung ein Taggeld von 3 M. Nach Ersetzung der zweiten Dienstprüfung und zwar mit Beginn des auf diese Prüfung folgenden Kalendervierteljahres erhöht sich das Taggeld bei Lehrern auf 3 M. 50 C., bei Lehrerinnen auf 3 M. 20 C. Das Taggeld der unständigen Lehrerinnen erhöht sich weiterhin von dem genannten Zeitpunkt ab nach 3 Jahren auf 3 M. 30 C.; weiterhin nach je 3 Jahren um 20 C. mehr, bis 4 M. 80 C. nach 24 Jahren. Hauptamtliche Fachlehrerinnen, deren Anstellung und Verwendung vom Oberschulrat bestätigt worden ist beziehen bei Anstellung auf Lebenszeit neben Wohnungsgeld Anfangsgehalt jährlich 1000 M. Weiter nach je 3 Jahren steigend 50 bis 1400 M. nach 24 Jahren. Bei unständiger Verwendung Taggeld 2 M.—. Nach je 3 Jahren steigend um je 20 C. Die Gehaltsentziehung und Gehaltsvorrückung erfolgt durch den Oberschulrat. Auf sie finden, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, die für die Staatsbeamten geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung. Neben dem und dem Taggeld haben die ständigen und unständigen Lehrer und Lehrerinnen freie Wohnung, die ständigen Lehrerinnen Wohnungsgeld anzusprechen.

Stuttgart, 1. Febr. Die Feuerbestattung des Geh. Kommerzienrats Dr. Adolf von Kröner fand heute im Krematorium unter einer in Stuttgart fast beispiellosen Beteiligung aus allen Gesellschaftsschichten der Stadt und des Landes und der hervorragendsten Vertreter der Künste, Wissenschaften und des Buchhandels aus allen Teilen des Reiches statt. Nach einer schlichten Trauerfeier im Hause des Verstorbenen bewegte sich der Trauerzug zum Friedhof. Zunächst sprach Stadtpfarrer Pfenninger. Es folgte Direktor W. Kochner, der für die Cotta'sche Buchhandlung und deren Angestellte zwei große Lorbeerkränze niederlegte. Dr. Eduard von der Hellen widmete namens der Union Deutsche Verlagsgesellschaft Worte herzlichster Verehrung und tiefer Dankbarkeit. Für die Autoren des Verlags sprach der vertraute Freund des Entschlafenen, Hermann Sudermann. Für den Börsenverein für den deutschen Buchhandel sprach Kommerzienrat Sieghard. Es folgten weiter Kranzniederlegungen von den Vertretern des Korps „Leutonia“, des Südd. Verlegervereins, des deutschen Buchgewerbevereins, des Vereins Leipziger Buchhändler, der Kommissionäre, der Pensionsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller und der Gemeinde Weil. Die Stadt Leipzig war bei der Bestattung durch den Bürgermeister Roth vertreten. Von Schriftstellern bemerkte man u. A. Dr. Ludwig Fulda, Rudolf Herzog u. Ströher.

Stuttgart, 2. Febr. Der Württembergische Obstbauverein trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Gemeinderats Fischer zur Jahresversammlung zusammen. Als Vertreter der Regierung waren Reg.-Direktor v. Sting und Reg.-Rat Gauger von der Zentralstelle für die Landwirtschaft erschienen. Bei der vormittags stattgefundenen Zusammenkunft des Ausschusses mit den Vertrauensmännern und Freunden des Obstbaus sprachen Ortsbesitzer Dörner auf Kallenberg bei Tettnang über „die Verbesserung der Obsttransportverhältnisse“, Oberamtsbaumwart Brugger-Schomburg über „die derzeitigen Verhältnisse des Baumwärtersandes“. Für die Abhaltung des nächsten Obstbautags wurden die Städte Gmünd, Aalen, Ellwangen und Crailsheim vorgeschlagen. Des verdienten Schultheißen Weiß aus Ottenhausen, der sein Amt als Vertrauensmann niederzulegen beabsichtigt, wurde mit ehrenden und anerkennenden Worten gedacht. In der nachmittags stattgefundenen Generalversammlung erstattete der Vorsitzende Fischer den Rechenschaftsbericht über das abgelaufene Vereinsjahr. Der Verein zählt jetzt 21 900 Mitglieder, die Zunahme beträgt 65 aktive und 927 passive Mitglieder. 11 Obstbauausstellungen wurden im letzten Jahr veranstaltet. Das Nettovermögen beträgt zur Zeit 45 000 M. Von dem im letzten Jahr erzielten Ueberschuss von 3000 M. sollen 1000 M. einem zu gründenden Reservefonds überwiesen werden, der später zur Herstellung des Obstbaus Verwendung finden wird. Der Bericht der Zentralvermittlungsstelle für Obstverwertung in Stuttgart über das Geschäftsjahr 1910 stellt fest, daß an Angeboten eingegangen sind: Beerenobst 1411 Ztr., Steinobst 31 929 Ztr., Kernobst 63 174 Ztr., im ganzen 96 514 Ztr. An Nachfragen: Beerenobst 737 Ztr., Steinobst 4775 Ztr. und Kernobst 267 566 Ztr., zusammen

273 078 Ztr. Im letzten Jahre ist die Vermittlungsstelle wieder von zahlreichen in- und ausländischen Obstbauinteressen, u. a. von Vertretern der schwedischen und dänischen Regierung und von Geschäftsführern verschiedener deutscher Obst-Vermittlungsstellen besucht worden. Nachdem die Wahlen erledigt waren, hielt Dr. Lang, Assistent an der Kgl. Anstalt für Pflanzenschutz in Hohenheim einen Vortrag über „Obstbaum-Krankheiten, die nicht durch tierische oder pflanzliche Schädlinge verursacht werden.“

Zur Gehaltsvorlage. Die Aufbesserung für die Altpensionäre und Altwitwen, die im Landtag allseitig begrüßt worden ist, ist regierungsfällig bezüglich der vor dem 1. April 1907 aus dem Dienst geschiedenen Beamten und ihrer Hinterbliebenen vorgezogen und zwar sollen diesen Beamtenpensionären und Beamtenwitwen eine jährliche Zulage von 100 M. und den Gratualisten eine solche von 80 M. gewährt werden. Die Berechtigung hierzu liegt in dem verschiedenen Pensionsrecht. Beamten, die vor 1. April 1907 pensioniert wurden, sind die erheblichen pensionsrechtlichen Verbesserungen der Beamtengezetznovelle vom 1. Aug. 1907 nicht mehr zugut gekommen. Insbesondere sind die vor dem 1. April 1907 in Pensions- oder Gratualgenutz getretenen Beamtenwitwen schlechter daran, denn sie beziehen nach dem alten Beamtenrecht eben nur ein Drittel der Pension des Mannes, wogegen die Beamtenwitwen nach neuem Pensionsrecht die Hälfte der Pension des Mannes bekommen. Dieser Unterschied, der sich infolge der inzwischen auf allen Gebieten der Lebenshaltung eingetretenen Teuerung nicht mehr rechtfertigen läßt, wirkt auch auf die Pensionen der Kinder. Kinder von Altwitwen bekommen eben ein Fünftel an dem Drittel der Pension des Vaters, Kinder von Jungwitwen dagegen ein Fünftel an der Hälfte der Pension des Vaters. Die Finanzlage soll allerdings nur die Fälle berücksichtigen lassen, in denen der Beamte nicht mehr als 2000 M. Pension und die Witwe nicht mehr als 1000 M. Pension oder Unterstützung bezieht. Der Gesamtauswand würde aber doch 529 400 M. betragen.

Stuttgart, 1. Febr. Die Maul- und Klauen- seuche ist weiter ausgebrochen in Württemberg; in Faurndau N. Göppingen, Lemmenhausen N. Blaubeuren und in Neuffen N. Nürtingen. Nach Neuffen wurde die Seuche durch Schweine aus dem Schlachthaus in Tübingen verschleppt. Es ist nunmehr festgestellt, daß der bereits gemeldete Seuchenausbruch in Schweningen N. Rottweil ebenfalls auf norddeutsche Schweine zurückzuführen ist, die von einem Händler in Dürheim in Baden geliefert worden sind. Nach Oedheim N. Neckarjurt wurde die Seuche durch Personenverkehr aus Nürtingen verschleppt.

Stuttgart, 2. Febr. (Ein neuer Diebeskniff.) In der letzten Zeit wurden hier in mehreren Fällen Diebstähle in der Weise verübt, daß der Täter in Wohnungen im angeblichen Auftrag des Vernehmungsamtes einzelne Zimmer ausmachte und hiebei bei sich bietender Gelegenheit Geldbeträge entwendete. Der Täter, der bis jetzt noch nicht festgenommen werden konnte, wird wie folgt beschrieben: ca. 25 Jahre alt, ca. 1,65 m groß, blonde Haare, ebensolchen Schnurrbartausflug, blaue Augen, braunen Ueberzieher, schwarzen steifen Hut, spricht norddeutschen Dialekt und hat gewandtes Auftreten. Sachdienliche Mitteilungen werden an die Kriminalpolizei erbeten.

Schwab. Hall, 2. Febr. Gelegentlich eines Inventarhanges in der Michaelskirche hat Stadtpfarrer Buder einen interessanten Fund gemacht; in einem bemalten Kästchen aus Buchenholz entdeckte er verschiedene Gegenstände aus früherer Zeit, darunter eine silberne Kapsel mit vergoldetem Deckel; bei dem Kästchen handelt es sich um ein Exemplar der fogen. Wismuth-Malerei aus dem 16. Jahrhundert. Ein wertvolles Stück altholländischer Perlenstickerei aus demselben Jahrhundert befindet sich an der Hostienkapsel.

Gerichtsjaal.

Tübingen, 1. Febr. (Schwurgericht.) Wegen verjuchten Todschlags hatte sich gestern vor verantworten der 26jähr. ledige Former Christian Barth von Calmbach. Er hat am 1. Nov. auf der Haltestelle, Spinnerei Unterhausen auf die ledige 21jähr. Fabrikarbeiterin Katharine Reinhardt von Holzelsingen einen scharfen Revolvererschuß abgegeben, wobei das Geschloß hinten in den linken Unterkiefer eindrang, ihn der Länge nach durchbohrte und am Kinn wieder herauskam. Anfänglich gestand der Angeklagte unumwunden zu, daß er die Reinhardt habe erschießen wollen, weil sie ihn so hintergangen habe. Schließlich und auch heute machte er geltend, er habe sie nicht erschießen, sondern ihr nur einen Denkkittel geben wollen. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten im Sinne der Anklage schuldig und bewilligten ihm mildernde Umstände, worauf er zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, woran 2 Monate 15 Tage Untersuchungshaft abgehen. Ankläger war Rechtsanwalt Dr. Müller, Verteidiger Rechtsanwalt Schöffler und Obmann der Geschworenen Kaufmann Deyle von Calw. — Damit schlossen die Sitzungen dieses Quartals.

Paris, 1. Febr. Das Zucht-Polizeigericht in Rouen verurteilte den nach Holland geflüchteten Arbeitersekretär Lorton wegen Anreizung zur Desertation in einem Zeitraum von zwei Jahren Gefängnis. Zwei andere Revolutionäre wurden aus demselben Grunde zu zwei bis sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Deutsches Reich.

Berlin, 1. Febr. Unter dem Vorsitz des Prinzen Heinrich von Preußen fand gestern im Kaiserlichen Automobilklub eine Sitzung des Arbeitsausschusses für die deutsche arktische Zeppelin-Luftschiff-Expedition statt, an der Graf Zeppelin, Ministerialdirektor Renald, die Geheimräte Her-

geßel und Friedländer-Fulda, sowie der Generalsekretär, Kapitänleutnant Hilmers teilnahmen. Die Sitzung galt der von dem Arbeitsausschuß zunächst ins Auge gefaßten Aufgabe, die Entwicklung des Luftschiffs zu Fahrten über See zu fördern. Hierbei wurde mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß die vom Arbeitsausschuß vor Jahresfrist angeregte Errichtung einer Luftschiffhallen-Gesellschaft in Hamburg nunmehr gesichert ist. Mit dem Vorstand der hierfür kürzlich gebildeten Gesellschaft wurde tags darauf persönliche Fühlung genommen und dabei die Grundlage für das gemeinsame Vorgehen festgesetzt.

Berlin, 2. Febr. China unterhandelt mit Deutschland über die Beurteilung von 15 höheren Offizieren zur Reorganisation des chinesischen Heeres und der Flotte.

Halle a. S., 1. Febr. In dem Vereinsbureau einer Landsmannschaft in Halle wurde ein Student der hiesigen Universität tot aufgefunden. Die Leiche befand sich in knieender Stellung, das Gesicht war verzerrt und die Lippen waren hochgeschwollen. Nachdem die Leiche von verschiedenen Ärzten eingehend untersucht worden war, wird folgende Diagnose angenommen: Der Student wurde von einem Schwundel befallen und fiel in Ohnmacht. Durch den hohen Stehtragen, den er trug, wurde er erwürgt.

Greifswald, 1. Febr. Der Flensburger Dampfer „Luise“ (Kapitän Böfel), mit Gerste von Hamburg nach Anklam bestimmt, strandete gestern bei Barhöft. Der Bergungsdampfer „Nügen“ befindet sich an der Unfallstelle, jedoch sind die Bergungsarbeiten bei dem herrschenden Nordsturm zur Zeit nicht auszuführen. Vier Mann der Besatzung sind durch das Rettungsboot der Station Barhöft geborgen worden.

Berne, 2. Febr. Im Sommer 1908 wurde ein Dienstmädchen im Kanal als Leiche aufgefunden. Jetzt hat sich in dieser Angelegenheit ein holländischer Arbeiter gemeldet und ausgesagt, daß damals die Mordtat von 3 holländischen Arbeitern ausgeführt worden sei.

Kiel, 2. Febr. Das kürzlich verunglückte Unterseeboot U 3 ist aus der kaiserlichen Werft nach Wik bugsiert und dort auf der Akkumulatoren-Prüfungstation verlost worden. Die Akkumulatoren sollen probiert werden, inwieweit sie durch das eindringende Hafengewasser gelitten haben. Von der geretteten Mannschaft befindet sich nur noch der Oberboiler Ruda im Lazarett Wik, doch ist auch er auf dem Wege der Besserung.

Ausland.

Paris, 1. Februar. Im Paris Journal erklärt der Kriegsminister General Brun, daß die russisch-französische Allianz tatsächlich nicht mehr existiere, da die russische Armee die Front gewechselt habe. Es wäre nicht richtig, sich darüber Illusionen zu machen. Das russische Heer habe künftig nicht mehr die Mission, die Westgrenze zu verteidigen. Sein eventueller Gegner sei sicherlich nicht Deutschland.

Brüssel, 1. Februar. Wie aus Marche (Luxemburg) gemeldet wird, ist heute morgen ein deutscher Militärballon, der aus Sachsen kam und in welchem sich zwei deutsche Offiziere befanden, bei Bauz-Chavonne gelandet. Das Flugschiff war 38 Stunden unterwegs gewesen und die Fahrt ist unter vorzüglichen Bedingungen erfolgt. Die Insassen beklagten sich nur über Kälte, die sie haben ausstehen müssen. Der Ballon wurde sofort wieder verpackt und nach Deutschland zurückgeschickt.

Belgrad, 1. Febr. In der Stadt Kraszewo wurde am 24. Januar gegen 6 1/2 Uhr abends am nächtlichen Himmel ein hellstrahlender Komet bemerkt. Die Erscheinung dauerte ungefähr 5 Sekunden.

Teheran, 1. Febr. Heute morgen wurden auf den Gouverneur von Isfahan und seinen Neffen von einem früheren Polizeimeister, einem russischen Untertan, mehrere Schüsse abgegeben. Der Neffe des Gouverneurs wurde tödlich, der Gouverneur selbst lebensgefährlich verletzt. Der Täter stoh in die russische Gesandtschaft.

Charbin, 1. Febr. In der Chinesenstadt Fudschadjan wurden, um das weitere Umsichgreifen der Pest einzudämmen, ganze Straßen eingeebnet; man glaubt, daß es notwendig sein wird, die ganze Stadt zu verbrennen. Die Einwohner verheimlichen die Todesfälle aus Furcht, daß man sie in die Isolierlager schaffen werde. Jeden morgen sind die Straßen mit Leichen bedeckt, die man während der Nacht dort hingeworfen hat. Alle Europäer, Japaner und Chinesen, die der Polizei und dem Eisenbahndienst angehören, tragen, um sich vor der Seuche zu schützen, Gaze-kleider, die mit Jodoform getränkt sind, Mund und Nase bedecken, und nur die Augen freilassen.

Peking, 31. Jan. Die Nachrichten über die Pest lauten allenthalben günstiger. Der europäische Handelsverkehr auf den nordchinesischen Bahnen wird unter Beobachtung einer sechstägigen Quarantäne wieder aufgenommen.

New York, 1. Febr. 14 Arbeiter ertranken wie in einer Falle, als sie nach Mitternacht an einer Drehbrücke der Pennsylvanienbahn arbeiteten, in dem Passaiflusse bei Newark im Staate New Jersey. Die Ursache des Unglücks war, daß ein zentnerschwerer Baggerreimer die Wand durchschlugen hatte.

New York, 1. Febr. In Jersey City explodierte heute ein Waggon mit Dynamit im Frachthof der Jersey Centralbahn. Ob Verluste an Menschenleben zu beklagen sind, ist noch unbekannt. Die Explosion hatte gewaltige Wirkungen auf der Manhattan-Insel. Manche nahe am Hudson gelegene Wolkenkratzer schwankten hin und her und hunderte von Fenstern wurden zertrümmert, besonders auch im Finanzdistrikt, wo mehrere große Scheiben in der Morgan-Bank eingedrückt wurden, weswegen das Gerücht entstand, dort sei die Explosion erfolgt; auch manche Fenster an der Börse wurden zertrümmert. Die Feuerweh-

erlitten Stöße ganze Feuer ereignete sich man mit M gerieten. Batterien-Pan italienischer gegen ihn

New York Hafen von New Jersey Personen da aus, als die Alle Hospit Berwunden Verletz die nach de durch die F erhöht.

B In de Schismode Popp dahl wesen, beste

(Acker m Samst auf dem hie Liebhe Den s

Ge

Die s ds. Ja. sta an die B Formulare medel sind, vom Bureau bezogen u Uebergabe Vorsitzenden sige der in Nagold Herr Klot Wir i Straßvermei zur Ablegung Reut

Schl

Fastliche Anerkennungs schreiben über bereits
 abgehaltene Kurse in mehreren Städten Württembergs,
 Badens und Bayerns liegen auf.

Bekanntmachung.

Meiner sehr geschätzten Kundschaft zur gefl. Kenntnissnahme, daß der vereinbarte kostenlose
Näh-, Stick- und Zuschneidekurs

am nächsten Montag, den 6. Februar a. e.

im Saale des Gasthauses zum „Lamm“ in Nagold beginnt.

Geöffnet täglich von morgens 8 Uhr bis abends 10 Uhr.

Weitere Anmeldungen werden von der Unterrichtslehrerin direkt im Lokal entgegengenommen.

Süddeutsches Central-Nähmaschinen- und Fahrräder-Fabriklager
 mechanische Werkstätte, Vernickelungs- u. Verkupferungs-Anstalt

von

Stephan Gerstler,

Telefon 164 Rentlingen und Stuttgart Telefon 3523.

Schwarzwaldbezirksverein Nagold



Anflug zum Skifest

des Schwäb. Schneeschuhbundes in
 Baiersbrunn

am Sonntag, den 5. Febr. 1911.

Abfahrt morgens 6.56 Uhr, Rückkunft abends 8.33 Uhr.

Anmeldungen zum Mittagessen beim Vorstand bis Samstag
 abend 6 Uhr erwünscht.

Der Vereinsvorstand:

Oberamtspfleger Rapp.

Kochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir
 uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Dienstag, den 7. Februar 1911

in das Gasth. „Lamm“ in Sulz freundl. einzuladen.

Friedrich Weidle,
 Bierbrauer,
 Sohn des Friedr. Weidle,
 Lindenwirt.

Frida Proß,
 Tochter des
 Friedrich Proß,
 Metzgermeister.

Kirchgang 11 Uhr.

Wir bitten, dies statt besond. Einladung entgegenzunehmen.

Nagold.

Der Verein für Geflügel- und Kaninchenzucht

hält am Sonntag,
 den 5. Februar,
 nachmittags 1/3 Uhr
 im Gasthaus „Schiff“ seine

jährl. Generalversammlung.

Hierzu werden die verehrt. Mit-
 glieder, sowie Freunde der Sache
 ergebenst eingeladen.

Der Ausschuss.

Nagold.

Wegen Erkrankung meines

Kindermädchens

wird zum sofortigen Eintritt ein
 solches

gesucht.

Dasselbe muß schon in besseren
 Häusern bei Kindern gedient haben
 und nicht unter 20 Jahre alt sein.
 Lohn 250—300 M.

Frau E. Wohlbold,

Elektrizitätswerk.

Nagold.

Tüchtiger

Arbeiter

findet dauernde gutbezahlte Stelle
 bei

Christian Schüb,
 Gerberstr. Schreinermeister.

Emmingen, 2. Febr. 1911.

Trauer-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten und Bekannten
 machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß
 unser lieber Vater und Großvater

Friedrich Kenz, gew. Gemeinderat,

nach längerem Kranksein im Alter von 82
 Jahren sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Samstag nachm. 1/2 2 Uhr.



Nagold.

Hohentlohe Dörrgemüse

verschiedene Sorten

bei

S. Strenger.

Handwerkerbank Nagold. E. G. m. u. H.

beim alten Kirchturn.

Würtl. Notenbankagentur. Telefon Nr. 26. Postfach-Konto Nr. 402

Frankfurter Kurse vom 2. Februar 1911.

3 1/2%	Deutsche Reichsanleihe	94.30
4	Deutsche Reichsanleihe 1918er	102.40
3	Württemberg. Staatsobligationen	84.00
3 1/2%	Württemberg. Staatsobligationen versch. 1915er	91.90/95.
4	„ „ „ 1917er	101.75
4	„ „ „ 1919er	101.50
4	„ „ „ 1920er	91.80
5	Sao-Paulo Staatsanleihe v. 1903	100.80
3 1/2%	Frankf. Hypoth.-Bank-Pfbl. versch. 1912er	91.40/92.50
4	„ „ „ 1920er	100.80
3 1/2%	Frankfurter Hyp.-Kred.-Ver. Pfbl. versch. 1920er	91.50
4	„ „ „ 1920er	100.50
4	„ „ „ 1920er	100.25
4	„ „ „ 1919er	100.10
4	„ „ „ 1919er	90.50/92.70
3 1/2%	Rhein. Hypoth.-Bank-Pfbl. versch. 1912er	99.00
4	„ „ „ 1919er	100.40
4	„ „ „ 1920er	100.50
4	„ „ „ 1919er	100.40
4	„ „ „ 1917er	101.20
3 1/2%	Würtl. Hypoth.-Bank-Pfbl. versch. händbar	91.50/92.30
4	„ „ „ 1920er	99.00
4	„ „ „ 1920er	101.20
4	„ „ „ 1920er	168.80
4	„ „ „ 1920er	164.90
4	„ „ „ 1920er	115.80
4	„ „ „ 1920er	147.70
4	„ „ „ 1920er	107.80
4	„ „ „ 1920er	5%

Gewährung von Darlehen, Eröffnung lbr. Rechnungen und provision-
 freier Checkcontos für jedermann.

Vermittlung von Kapitalanlagen und Börsengeschäften aller Art.
 Einlösung von Coupons, ausländischem Geld, verlossten Effekten u., Verlosungs-
 kontrolle.

An- und Verkauf von Wechseln, Checks u. auf alle Plätze von irgend welcher
 Bedeutung.

Kostenlose Ausstellung von Sparfassenbüchern und Annahme von Geldern
 bei sofort beginnender, höchstmöglicher Verzinsung.

Vermietung diebes- und feuersicherer Schrankfächer (Cafes) unter Selbstverschluß
 der Mieter.

Für 10 Pfennig

können Sie sich 20 Tassen eines gefunden und
 wohlschmeckenden Getränkes bereiten, und zwar ohne
 jeden Zusatz! — Sie brauchen sich nämlich nur ein
 10 Pfennig-Paket Kathreiners Malzkaffee zu kaufen!
 Sie bekommen ihn bei jedem Kaufmann!

Der Gehalt macht's!